

SoVD
Sozialverband
Deutschland

Partner
in sozialen
Fragen

Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband

AKTUELL

Ein Jahr Gesundheitsreform - Erst Protest, nun Akzeptanz

Novum: IKK und SoVD veranstalteten Patientenforum

Rund ein Jahr nach Inkrafttreten der Gesundheitsreform haben die Patienten die neuen Regelungen weitgehend akzeptiert. Dies ist das Ergebnis eines Patientenforums, das die Innungskrankenkasse (IKK) Weser-Ems und der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Oldenburg ausgerichtet haben.

SoVD-Präsident und Landesvorsitzender Adolf Bauer und der Vorstand der IKK Weser-Ems, Torsten Dette begründeten diese „neue Allianz“ mit dem gemeinsamen Ziel, Versicherte und Patienten zu befähigen, sich im Dickicht des Gesundheitssystems behaupten zu können. „Unsere Aufgabe ist Beratung, Information und Aufklärung. Gut informierte Patienten nehmen medizinische Leistungen auch gezielter in Anspruch und tragen so zur Senkung der Ausgaben im Gesundheitssystem bei“, sagte Bauer.

Proteste der Versicherten gab es im Verlauf des Jahres bei der Einführung der Praxisgebühr, der Erhöhung der Zuzahlungen für chronisch Kranke und über die Verunsicherung bei den neuen Regelungen zur Zuzahlungsbefreiung. Besonders problematisch war für viele Patienten das ständige Nachrüsten des Gesetzgebers, wodurch sie am Ende nicht mehr wussten, welche Regelungen mit welchen Auswirkungen überhaupt gültig waren.

Die Politik ist gefordert, neue Regelungen stärker auf ihre Umsetzbarkeit hin zu überprüfen. So etwas wie bei der „Zahnersatzprämie“ darf nicht wieder passieren, so der IKK-Vorstand. Hier stand zunächst im Gesetz, dass eine einheitliche Prämie je Versichertem gezahlt werden sollte, unabhängig vom Einkommen. Dabei sollten die Versicherten zwischen gesetzlicher und privater Zahnersatzversicherung

wählen können. Nun ist diese Regelung jedoch in einem neuen Gesetz durch einen einkommensabhängigen prozentualen Zusatzbeitrag der Versicherten ersetzt worden. Viele Versicherte haben allerdings schon private Zusatzpolice abgeschlossen, die sie jetzt wieder kündigen müssen. Dies muss bis spätestens Dezember 2004 geschehen, weil die Polices andernfalls im Januar 2005 in Kraft treten, erklärte Dette.

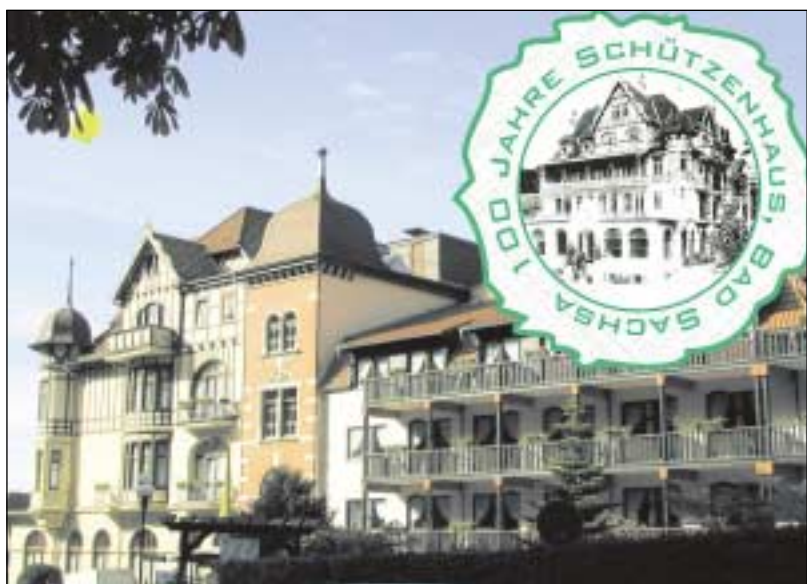
Für manche Patienten war die Gesundheitsreform aber auch Anlass zum Umdenken. Wurde früher sofort der Arzt aufgesucht, so greifen heute viele erst einmal zu bewährten Hausmitteln, erklärte Bauer und wies auf die Ergebnisse der telefonischen Patientenberatung des SoVD hin. *som*

Info:
Patientenberatung
SoVD Niedersachsen
Tel. 05 11 / 7 01 48 73



SoVD-Präsident Adolf Bauer in der Weser-Ems-Halle in Oldenburg.

100 Jahre Schützenhaus



Im Mai findet die große 100-Jahr-Feier statt

Das große Bad-Sachsa-Jubiläum des SoVD Niedersachsen: Feiern Sie mit! Vom 5.-7. Mai 2005 können Sie sich auf ein märchenhaftes Jubiläum im Schützenhaus in Bad Sachsa freuen, denn das meistfotografierte Haus in Bad Sachsa feiert seinen 100. Geburtstag! Neben vielen Überraschungen bereitet das Archiv im Schützenhaus eine aufwändige Ausstellung vor, die Ihnen Bild für Bild zeigt, wie „es damals war“ und wie es sich im Laufe der Zeit verändert hat.



Niedersachsen streicht Landesblindengeld - Volksbegehren geplant

Trotz aller Proteste auch von Seiten des SoVD Niedersachsen hat der Landtag im Dezember der Streichung des einkommensunabhängigen Landesblindengeldes zugestimmt.

Zusammen mit dem Geschäftsführer des Blindenverbandes, Hans-Werner Lange, hat SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer die Kürzung stark kritisiert. „Niedersachsen wird damit zu einem schwarzen Fleck auf der Landkarte“, sagte Bauer während einer Pressekonferenz in Hannover. „Es ist zwar gut, dass blinde oder sehbehinderte Menschen bis 27 Jahre weiterhin 300 Euro monatlich



erhalten sollen, aber Blindheit ist überwiegend eine Altersbehinderung. Die älteren Menschen werden allein gelassen, der Nachteilsausgleich fällt dem Rotstift zum Opfer, und das ist schlicht und einfach nicht hinnehmbar.“ Von den mehr als 11 000 Blinden in Niedersachsen würden so nur noch einige hundert in den Genuss finanzieller Hilfe kommen. „Hier

wird ein Systemwechsel eingeläutet, der einen anerkannten Behindertenverband wie den SoVD Niedersachsen mit großer Sorge erfüllen muss.“ Bauer befürchtet einen Domino-Effekt: „Andere Bundesländer werden möglicherweise diesem schlechten Beispiel folgen.“ Bauer warnte vor einem Rückfall in die sozialpolitische Steinzeit und mahnt Solidarität mit den behinderten Menschen an: „Hier wird an der falschen Stelle gespart!“ Bauer kündigte an, dass der SoVD ein vom Blindenverband auf den Weg gebrachtes Volksbegehren unterstützen wird. *som*

Landesblindengeld: Offener Brief an den Finanzminister

Sehr geehrter Herr Möllring, als Eltern von zwei blinden und zugleich körperbehinderten Kindern - beide jetzt schon 44 Jahre alt - sprechen wir Sie hiermit als verantwortlichen Minister der Finanzen des Landes Niedersachsen persönlich an.

Zur Kürzung des Landesblindengeldes liegen verschiedene Vorschläge des Sozialministeriums Niedersachsen, der Grünen und des Blindenverbandes Niedersachsen vor. Die Vorschläge gipfeln aber dahingehend, dass bei Mehrfachbehinderten das Landesblindengeld stärker gekürzt werden soll, weil dieser Personenkreis von der Pflegeversicherung Pflegegeld erhält.

Dieses Pflegegeld wird nicht wegen Blindheit gezahlt, sondern ausschließlich für die Pflegearbeit. Es ist deshalb kein Ersatz für die blindheitsgemäßen Aufwendungen, die Mehrfachbehinderte in höherem Maße haben als sonst „gesunde“ Blinde. Seit Jahren müssen diese Menschen und ihre Familien Pflegeversicherungsbeiträge selbst zahlen, so dass sie bei einem Abzug von Landesblindengeld doppelt bestraft werden!

Das Landesblindengeld soll für blindheitsgemäßen Aufwand gezahlt werden. So schreibt es das Gesetz vor.

Die derzeitige Praxis ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz,

nach dem kein Mensch wegen seiner Behinderung gegenüber den Gesunden schlechter gestellt werden darf. Die jetzige Anrechnung von Landesblindengeld auf das Pflegegeld ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz - dagegen protestieren wir aufs Schärfste!

Wir bitten um Prüfung unserer Angaben und Vorschläge und bitten stellvertretend für die mehrfachbehinderten und zugleich blinden Menschen, denen bislang zu Unrecht das Landesblindengeld gekürzt worden ist, diese Gelder nachzuzahlen und bei der jetzigen Beratung über das Landesblindengeld unsere Überlegungen mit zu berücksichtigen.

Ilse und Reinhold Hückel